



PHILIP KOVCE/
BIRGER P. PRIDDAT (HRSG.)
BEDINGUNGSLOSES
GRUNDEINKOMMEN
GRUNDLAGENTEXTE

Suhrkamp,
Berlin 2019

ISBN 978-3-518-29865-7
514 Seiten, 26,— €

Der neuerliche Schwung in der Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) hat benennbare Ursachen. Das „Harz IV“-Regime dementiert infolge sozialer Unterversorgung und administrativer Repressionen die Normen gesellschaftlicher Solidarität. Und die Rationalisierungspotenziale der Digitalisierung verleihen Spekulationen auf ein „Ende der Arbeitsgesellschaft“ neue Nahrung. Die Frage, ob das BGE „als Antwort auf die Krise von Arbeitsmarkt und Sozialstaat“ (Offe, S. 454ff.) nicht doch eine gute Idee sei, ist nachvollziehbar.

Zu diesem Thema versammelt die von Philip Kovce und Birger P. Priddat edierte Anthologie 24 Beiträge, die als Klassiker der Sozialphilosophie gelten können. Das Spektrum reicht von frühbürgerlichen Romanciers wie Thomas Morus und utopischen Sozialisten wie Charles Fourier über Jahrhundert-Ökonomen wie John Maynard Keynes oder Milton Friedman bis hin zu zeitgenössischen Soziologen wie Georg Vobruba oder Claus Offe. Die Politiktheoretikerin Hannah Arendt ergänzt als einzige Frau (sic!) die Männerriege.

In einer instruktiven und literaturreichen Einleitung definieren die Herausgeber das BGE als dauerhaftes „existenzsicherndes Einkommen“, das „als individueller Rechtsanspruch ohne (Arbeits-)Pflicht oder (Bedürftigkeits-)Prüfung gewährt wird.“ (S. 11) Zugleich rekonstruieren sie, selbst Befürworter (Kovce) und Gegner (Priddat) des Konzeptes, die aus ihrer Sicht maßgeblichen Hauptgründe und -einwände aus der Debatte. Demnach wird es von seinen Befürwortern als Mittel zur Armutsbekämpfung, als Antwort auf Arbeitslosigkeit sowie als Freiheitsgarant und Gerechtigkeitsforderer angesehen, während die Kritiker fragen: Wie soll es finanziert werden, wer würde dann noch arbeiten und wie ließe sich damit experimentieren?

Die Anthologie will einen „historischen Längsschnitt der Grundeinkommensdebatte“ (S. 39) liefern und die Voraussetzung schaffen, „um Gegenwart und Zukunft des Grundeinkommens historisch informiert“ (S. 9) diskutieren zu können. Diesem Anspruch wird sie durchaus gerecht. Die Beiträge zeugen von den unterschiedlichen Zugängen zu der Frage, wie modernen kapitalistischen Gesellschaften die Utopie einer unbedingten und für alle Bürger*innen garantierte Existenzsicherung abgerungen werden könnte. Und sie verdeutlichen die mitunter harsche Verdammung der Arbeit und die überschießenden Hoffnungen, die mit dem BGE verbunden werden. Diese reichen von der Aussicht auf eine generelle „Entflechtung von Arbeit und Essen“ (Vobruba) über die diagnostizierte Bestätigung des „tief in der religiösen und humanistischen Tradition des Westens verwurzelten Prinzip(s)“, dass „der Mensch unter allen Umständen das Recht hat zu leben“ (Fromm, S. 274), bis hin zu der Annahme, das BGE realisiere nicht nur ein gesichertes Einkommen, sondern ein „Recht auf sich selbst“, und damit ein Recht, „über sich selbst zu verfügen“ (Gorz, S. 414, Herv. i. O.)

Doch gerade im biografischen Geständnis eines André Gorz blitzt die Ambivalenz des scheinbar unbefleckt progressiven Projektes auf. Bevor er zum Befürworter eines Grundeinkommens wurde, habe er es abgelehnt, weil er „Arbeit als eine für alle Gesellschaften geltende ökonomische Notwendigkeit ansah, von der man Menschen nur gänzlich entlasten kann, wenn man andere verstärkt damit belastet.“ (S. 429) Auch John Maynard Keynes bleiben Zweifel. Zwar prophezeit er den Enkelkindern seiner Generation, dass der Lebensstandard aufgrund des technologischen Fortschritts „in hundert Jahren vier- bis achtmal so hoch sein wird wie heute.“ (S. 251) Doch auch in diesem „Zeitalter der Freiheit und der Fülle“ (S. 253) werde der über Jahrhunderte antrainierte Drang, ökonomisch tätig zu sein, sich als Wunsch erhalten, „irgendeine Arbeit zu tun, um zufrieden sein zu können.“ (S. 254; Herv. i. O.) Daher plädiert Keynes nicht für ein BGE, sondern für radikale Arbeitszeitverkürzung durch „Drei-Stunden-Schichten“ und eine „Fünfzehn-Stunden-Woche“ (S. 254). Ähnlich skeptisch ist Hannah Arendt. Zwar prognostiziert sie infolge der voranschreitenden Automation die menschenleere Fabrik. Doch mit Blick auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht und damit die „einzige Tätigkeit, auf die sie sich versteht“, fragt sie rhetorisch, und doch besorgt: „Was könnte verhängnisvoller sein?“ (S. 264)

Die Botschaft lautet: Verdrängt das Recht auf Einkommen das Recht auf Arbeit, verliert die Gesellschaft mit der Arbeit ein konstituierendes Element. Und an diesem Verlust könnte sie lange schwer tragen. Doch dieses Risiko und die Bedeutung der Erwerbsarbeit als Raum der Persönlichkeitsentwicklung und als Medium der Sozialintegration kommen weder in der Einleitung vor, noch in den Beiträgen ausreichend zu ihrem Recht. Hier dürfte sich die editorische Entscheidung rächen, vollständig auf Texte zu verzichten, die ein BGE dezidiert verwerfen und das Ziel einer sozialen Existenzsicherung über kürzere Wege anvisieren, ohne sich im Gestrüpp eines libertären Individualismus zu verheddern. Erinnert sei an das im gewerkschaftsnahen Spektrum (auch im WSI) entwickelte Konzept einer „bedarfsorientierten Mindestsicherung“, das eine verlässliche Absicherung mit dem Anspruch auf Arbeit für alle zu verbinden trachtet.

Dennoch: Der Band bietet einen verdienstvollen Überblick über das Spektrum der historischen Debatte. Den Leser*innen bleibt überlassen, die vorgetragenen Argumente zu prüfen und abzuwägen. Dass die einschlägigen Einwände gegen ein BGE lediglich (unvollständig) in der Einführung, nicht aber in authentischen Originalbeiträgen zu Wort kommen, verleiht dem Band eine gewisse argumentative Unwucht. Die Sichtung der Einwände hätte plausibel gemacht, warum die Hoffnung auf diesen „kapitalistischen Weg zum Kommunismus“ (Van Parijs/van der Veen, S. 356ff.) auch künftig unerfüllt bleiben dürfte. Und dass es – allen sympathischen Absichten zum Trotz – Gründe gibt, dies nicht zu bedauern. ■

BESPROCHEN VON

Hans-Jürgen Urban, Dr. habil., ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Privatdozent für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

DOI: 10.5771/0342-300X-2020-2-147



**CHRISTOPH BUTTERWEGGE/
KUNO RINKE (HRSG.)
GRUNDEINKOMMEN
KONTOVERS
PLÄDOYERS FÜR UND GEGEN
EIN NEUES SOZIALMODELL**

Beltz/Juventa,
Weinheim/Basel 2018

ISBN 978-3-7799-3987-0
260 Seiten, 19,95 €

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist aktuell breit in der Diskussion. Dahinter steht ganz allgemein die Idee, dass alle Menschen vom Staat ein regelmäßiges Einkommen erhalten, das bedingungslos, also nicht an Verpflichtungen gebunden ist, wie etwa die Bereitschaft, Arbeit aufzunehmen. Debattiert wird über das BGE in Politik und Wirtschaft wie auch in der Wissenschaft. Christoph Butterwegge und Kuno Rinke haben es sich in dem von ihnen herausgegebenen Buch „Grundeinkommen kontrovers. Plädoyers für und gegen ein neues Sozialmodell“ zum Ziel gesetzt, „einen fruchtbaren Meinungs-austausch über das Für und Wider des Grundeinkommens zu ermöglichen“ (S. 8). Dazu haben sie zahlreiche Beiträge zusammengetragen, die jeweils eindeutig für bzw. gegen die Einführung eines BGE argumentieren. Das Bemerkenswerte: Butterwegge ist nicht nur einer der prominentesten Kritiker unseres derzeitigen Sozialstaatsmodells; er ist zugleich auch einer der lautesten Skeptiker gegenüber dem BGE. Von ihm wäre eher ein flammendes Plädoyer gegen diese gesellschaftspolitische Reformidee zu erwarten als ein kontroverser Diskussionsband. Kann eine ausgewogene Publikation trotzdem glaubhaft gelingen? Die Antwort lautet: Ja. Die Autoren werden ihrem Anspruch gerecht – wenngleich es dem Band im Ganzen ein wenig an einem systematischen Zugang zum Thema mangelt. So wendet sich das Werk auch nicht in erster Linie an Personen, die sich einen ersten Überblick über das kontroverse Thema BGE verschaffen wollen. Empfehlenswert ist es vor allem für jemanden, der einen vertiefenden Einblick in die Argumente der Befürworter und Kritiker dieser Idee sucht. Wer dies als Ziel hat, wird in dem Werk reichhaltig fündig.

Der Band ist in drei Abschnitte gegliedert: In den beiden Hauptabschnitten finden sich jeweils sechs Aufsätze von Befürwortern bzw. Kritikern einer Einführung des BGE. Ergänzt werden diese im dritten Teil um drei Beiträge, die sich mit didaktischen Aspekten des Themas auseinandersetzen bzw. die einen Überblick über eine Teilumsetzung des BGE in Finnland geben. Dieser Abschnitt wäre nicht unbedingt notwendig gewesen, um dem auf eine Kontroverse orientierten Anspruch des Buches gerecht zu werden, bietet aber einige interessante ergänzende Perspektiven auf das Thema. Das Autorenverzeichnis ist breit gefächert und versammelt einige der bekanntesten Verfechter und Kritiker des BGE, darunter der ehemalige Präsident des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts Thomas Straubhaar, der Philosoph und Publizist Richard David Precht und der Sozialwissenschaftler Michael Opielka als Befürworter. Bei den Kritikern kommen neben Butterwegge selbst unter anderem der Ökonom und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik Heinz-J. Bontrup sowie der Grundsicherungsexperte Rainer Roth zu Wort.

Beim Aufschlagen des Bandes wird schon auf den ersten Blick deutlich, dass die große Stärke des Werkes in der Vielseitigkeit der Perspektiven liegt. Alle sechs Aufsätze

im Pro-Abschnitt bauen ihre Argumente aus unterschiedlichen Sichtweisen auf: Es gibt einen stärker grundlegend angelegten Beitrag dazu, warum das BGE-Modell der negativen Einkommensteuer das zu favorisierende Modell ist (Straubhaar). Hier wird die Idee erörtert, dass jeder zunächst das BGE voll ausbezahlt bekommt, dann aber ab dem ersten Euro jedes Einkommen besteuert wird; es muss also unterm Strich jeder Steuern zahlen, dessen Einkommen höher ist als das BGE. Precht führt aus, warum die voranschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt eine geradezu zwangsläufige Einführung des BGE nahelegt. In einem dritten Aufsatz wird für das BGE als Antwort auf die Frage plädiert, wie wir in Zukunft Arbeit und Einkommen in unserer Gesellschaft organisieren wollen (Kovce). Liebermann setzt sich dann mit diversen Argumenten der BGE-Gegner auseinander. Die zwei weiteren Beiträge dieses Abschnitts argumentieren vor dem Hintergrund des Wandels familialer Strukturen, der Globalisierung und der Digitalisierung für die Einführung des BGE (Opielka), während sich Fischer abschließend aus feministischer Sicht für das BGE ausspricht.

Was hat die Gegenseite an Argumenten zu bieten? Im ersten Beitrag entwickelt Bontrup seine Gegenargumente aus marxistischer Perspektive. Krämer argumentiert aus gewerkschaftlicher Sicht gegen solche Reformideen. Die beiden folgenden Aufsätze kritisieren das BGE als eine zu große finanzielle Hürde (Kreutz) sowie als reine Illusion, da es selbst mit dem BGE keine Einkommensunabhängigkeit und Freiheit von Erwerbstätigkeit geben könne (Bäcker). Auch für Roth sind solche Modelle keine realistische Alternative zur Lohnarbeit. Butterwegge setzt sich abschließend kritisch mit zwei der aktuell einflussreichsten BGE-Modelle, dem von Thomas Straubhaar und dem des dm-Chefs Götz Werner, auseinander.

Die Aufsätze sind durchweg äußerst interessant zu lesen. Man merkt ihnen an, mit welcher Vehemenz die Autoren jeweils ihre Meinung vertreten. An einigen Stellen allerdings kommt es zwischen den Beiträgen zu Widersprüchen. Für Liebermann etwa gehören Konzepte einer negativen Einkommensteuer nicht zu den BGE-Modellen, Precht hingegen argumentiert genau dafür als die anzustrebende BGE-Variante. So etwas hätte durch einen etwas systematischeren Zugang vermieden werden können. Hilfreich gewesen wäre etwa ein neutraler Einführungsbeitrag, in dem die Definitionskriterien für die in dem Band besprochenen BGE-Modelle festgelegt und in dem ein paar grundlegende Bewertungskriterien für die Modelle erörtert werden. Eine solche Einordnung hätte die Lektüre noch aufschlussreicher gemacht. Ein bereichernder Beitrag zur aktuellen Diskussion ist der Sammelband dennoch auf jeden Fall. Die Fülle an Argumenten macht ihn ebenso lesenswert wie die Bandbreite an Perspektiven. ■

BESPROCHEN VON

Dorothee Spannagel, Dr., leitet das Referat für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.